

OECD warnt: Massive Finanzierungslücken bei Entwicklungshilfe bis 2030!

Die OECD warnt vor Finanzierungsdefiziten in der Entwicklungshilfe bis 2030 und fordert umfassende Reformen zur Unterstützung.

Paris, Frankreich - Die OECD warnt eindringlich vor einer gewaltigen Finanzierungslücke in der internationalen Entwicklungshilfe. In einem alarmierenden Bericht, der am 7. Februar 2025 veröffentlicht wurde, wird hervorgehoben, dass bei anhaltender Ignoranz der Ursachen bis 2030 eine Kluft von 6.170 Milliarden Euro (6,4 Billionen US-Dollar) zwischen dem weltweiten Finanzbedarf und den tatsächlich verfügbaren Mitteln entstehen könnte. Diese Entwicklung droht mit den Klimafolgen und geopolitischer Unsicherheit in Zusammenhang zu stehen. Dem gegenüber stehen laut OECD nur rund 20 Prozent mehr bereitgestellte Gelder seit 2015. Besonders kritische Sektoren wie Gesundheit und Bildung in ärmeren Ländern sind betroffen, da dringend benötigte Investitionen ausbleiben. Der Hintergrund für den Bericht ist die bevorstehende UN-Konferenz über internationale Entwicklungsfinanzierung im Juni in Sevilla. **Kathpress** berichtete, dass die US-Politik unter Donald Trump, der eine Aussetzung der Auslandshilfen angekündigt hat, zusätzlich für Unsicherheit sorgt.

Entwicklungshilfe auf Rekordhoch

Gleichzeitig hat die OECD ein Rekordhoch in der Entwicklungs- und humanitären Hilfe für das Jahr 2023 bestätigt. Die

Industrieländer haben insgesamt 223,3 Milliarden US-Dollar (ca. 217 Milliarden Euro) bereitgestellt, was einen Anstieg im Vergleich zu den 211 Milliarden US-Dollar des Vorjahres darstellt. Der Hauptgrund für diesen Anstieg sind gesteigerte Ausgaben für humanitäre Unterstützung, insbesondere angesichts der Krisen in Entwicklungsländern. **Evangelisch.de** stellte fest, dass die Ukraine mit 38,9 Milliarden US-Dollar der größte Empfänger internationaler Entwicklungshilfe war, was einem Anstieg von 28,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Trotz dieser Aufstockung verfehlen viele Geberländer weiterhin das UN-Ziel, wenigstens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zu verwenden.

Norwegen, Luxemburg, Schweden, Dänemark und Deutschland sind die einzigen Länder, die dieses Ziel erreichen konnten. Deutschland hat mit 0,82 Prozent (35,05 Milliarden Euro) zum fünften Mal in Folge den Anstieg der Entwicklungshilfe erfolgreich beibehalten, jedoch lag die Quote im Jahr 2022 mit 0,85 Prozent etwas höher. Die OECD-Daten zeigen eindrücklich, dass die Verpflichtungen der Industrieländer in der Entwicklungshilfe trotz der Rekordsummen bei weitem nicht ausreichen, um den globalen Bedarf zu decken.

Details	
Vorfall	Klimawandel
Ursache	Finanzierungslücke, geopolitische Unsicherheit
Ort	Paris, Frankreich
Schaden in €	6170000000
Quellen	• www.kathpress.at • www.evangelisch.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at